

BILDUNGSKURIER

MAGAZIN DER LANDESBILDUNGSORGANISATION DER SPÖ OÖ • NR. 4 • 71. Jg, NOVEMBER 2020

ÖSTERREICHISCHE POST AG • GZ 02Z032837 M • P.b.b. • SPÖ Oberösterreich, Landstraße 36/1, 4020 Linz

Unsere Industrie: Ein weiteres Corona-Opfer?

Seite 4



Arbeitszeitverkürzung:

Ein konkreter
Vorschlag mit
staatlicher Förderung

Seite 7

Interview:

Birgit Gerstorfer
im Gespräch über die
Zukunft der Industrie

Seite 8

Arbeit:

Die Zukunft der
Arbeit liegt jenseits
der Erwerbsarbeit

Seite 10

DURCH DIE BANK



FAIR

Die nachhaltige Regionalbank.

HYPO
OBERÖSTERREICH

  www.hypo.at/nachhaltigkeit

Wir schaffen mehr Wert.



Renner Institut OÖ/GVV

SPÖ Wahlwanderkarte – Der Einstieg ins Wahljahr

Ein ungewöhnliches Erscheinungsbild bietet die neue „Wahlwanderkarte“ von GVV und Renner Institut OÖ. Der Wahlkampf wird als Bergwanderung dargestellt, die von Illustrator Philipp Pamminer - durchaus augenzwinkernd - verbildlicht wurde. Wahlkämpfe sind selbstverständlich ernsthaft und verantwortungsbewusst zu führen, sollen den beteiligten Menschen aber auch Freude und Erfolgserlebnisse bereiten. Diese beiden Ansprüche vereint die Wahlwanderkarte mit der Weitergabe von Know-how sowie einer Prise Humor. Eine innovative Einstimmung auf das Wahljahr 2021. Zudem bieten wir Workshops zur erfolgreichen Arbeit mit der Wahlwanderkarte an.

Die Wahlwanderkarte kann – ebenso wie das Wahlhandbuch, das der gründlichen Vertiefung in die Materie dient – bei Alexandra.kneidinger@spoe.at oder 05/7726-1116 bestellt werden.

**Wahlkampf einmal anders – mit der Wahlwanderkarte
bezwingen wir die höchsten Herausforderungen.**

Noch immer Corona

BERND DOBESBERGER • CHEFREDAKTEUR



Noch immer COVID-19. Die zweite Welle hat uns den zweiten Lockdown beschert und die Intensivbetten in den Spitälern füllen sich. Man könnte meinen, dass das zuerst ein Problem der VirologInnen, der EpidemiologInnen und der Ärztinnen und Ärzte ist. Aber die Pandemie bzw. deren Bekämpfung macht einerseits gesellschaftliche Probleme deutlich sichtbar und verursacht andererseits auch eine ganze Reihe weiterer dramatischer Krisen. Zum Beispiel kommt es zu einem massiven Einbruch der Wirtschaftsleistung, was wiederum die Arbeitslosigkeit stark ansteigen lässt. Das wird uns wahrscheinlich sogar noch länger beschäftigen als die Pandemie selbst.

Deutlich wird dabei auch, dass der Markt – der laut neoliberalen Dogma alles kann und alle Probleme optimal löst – gar nichts im Sinne einer demokratischen und sozialen Gesellschaftsordnung regelt. Der Markt würde

nur zu Lösungen führen, bei denen sich Starke und Mächtige durchsetzen. Der Rest – das sind dann die Vielen – würde bei diesen Lösungen durch den Marktmechanismus draufzahlen. Das Problem mit der Ungerechtigkeit von Marktlösungen gilt aber nicht nur im Zusammenhang mit Corona, sondern ganz generell. Ein aktuelles Beispiel zeigt dies deutlich: Weil die Gewinnmarge des LKW-Herstellers MAN nicht den Erwartungen der AnteilseignerInnen entspricht, soll deren ganzer Produktionsstandort in Steyr geschlossen werden. Wie üblich lautet die Marktlösung: Die einen kriegen mehr Gewinn, die anderen die Arbeitslosigkeit.

Die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und der Pandemiebekämpfung müssen politisch gelöst werden. In dieser Ausgabe des Bildungskuriers haben wir versucht, politische Antworten für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt zu skizzieren.

Inhalt

- 4 Industrie:** Über die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die österreichische Industrie und Auswege aus der Krise schreibt Julia Eder.
- 6 Standort:** Das Erfolgsgeheimnis der krisengeschüttelten Industrieregion Steyr verrät Markus Vogl.
- 7 Arbeitszeitverkürzung:** Ein konkretes Modell zur Arbeitszeitverkürzung mit staatlicher Förderung stellt Georg Hubmann vor.
- 8 Interview:** Birgit Gerstorfer, Vorsitzende der SPÖ Oberösterreich, im Gespräch über die Zukunft der Industrie und gerechte Wege aus der Corona-Krise.
- 10 Arbeit:** Dass die Zukunft der Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit liegt, weiß Carina Altreiter.
- 12 Kommentar:** Die Corona-Krise als Chance zu begreifen, ist der Appell von Georg Brockmeyer.
- 14 Rückschau:** Die SPÖ Oberösterreich blickt auf eine erfolgreiche Landesbildungskonferenz zurück.



PEFC zertifiziert
Dieses Produkt
stammt aus
nachhaltig
bewirtschafteten
Wäldern und
kontrollierten
Quellen
www.pefc.at

gedruckt nach der Richtlinie
„Druckerzeugnisse“ des öster-
reichischen Umweltzeichens,
Gutenberg-Werbering GmbH, UW-Nr. 844



Klimaneutral
Druckprodukt
ClimatePartner.com/53401-2678-0009

Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: Sozialdemokratische Partei Österreich,
Landesorganisation – Landesbildungsausschuss, 4020 Linz, Landstraße 36/1
Tel: 05-77 26 11-16, annemarie.obermueller@spoe.at, www.renner-institut.spoe.at

Redaktion: Bernd Dobesberger, Georg Hubmann, Wolfgang Kemptner, Manuel Kreuzer,
Gerald Mitterlehner, Annemarie Obermüller, Peter Rohrmoser

Grundsätzliche Richtung: sozialdemokratisch

Hersteller: Gutenberg-Werbering Ges.m.b.H.

Nr. 04/20, September, SPÖ ÖÖ-Info-Nr. 4/2020, GZ 02032837 M,
P.b.b. Erscheinungsort Linz, SPÖ ÖÖ, 4020 Linz, Landstraße 36/1

Unsere Industrie: Ein weiteres Corona-Opfer?

In den letzten Wochen wurden vermehrt Stellenabbau oder Standortschließungen in der österreichischen Industrie angekündigt. Darauf braucht es eine industriepolitische Antwort. Aber wie sollte die aussehen?

JULIA EDER

Die Ausgangslage

Die Industrie trug 2019 21,9 Prozent zur österreichischen Gesamtwertschöpfung bei, was über dem EU-Durchschnitt liegt. Die Betriebe sind vor allem als Zulieferer in die deutsche Industrie eingegliedert, zum Beispiel für die Auto- oder Luftfahrtindustrie. Es gibt aber auch nicht wenige so genannte *hidden champions* (deutsch: „versteckte Meister“). Diese gehören meist dem Mittelstand an, sind oft in einer Nische spezialisiert und dort zum Teil Weltmarktführer.

In einigen industriellen Branchen hatte sich schon vor dem Ausbruch der Corona-Pandemie das Wachstum deutlich verlangsamt. In der europäischen Autoindustrie kann dies spätestens ab dem dritten Quartal 2019 beobachtet werden. Dazu schreiben Candeias und Krull in „Vom Bohren dicker Bretter. Die Debatte zur Konversion der Autoindustrie“ auf rosalux.de: „Die industrielle Produktion in Deutschland ging im vergangenen Jahr um knapp fünf Prozent zurück, weltweit sank das Produktionswachstum auf null. Wichtigste Ursache sind massive Überka-

pazitäten in der globalen Automobilindustrie.“ Zugleich nutzen einige Konzerne in Deutschland und Österreich, zum Beispiel der LKW-Bauer MAN, die Krise auch, um Standortverlagerungen, Restrukturierungen inklusive Stellenabbau oder eine Verschlechterung der Arbeitsstandards durchzusetzen und dies, obwohl sie nicht einmal rote Zahlen schreiben.

Auch in mehreren anderen Industriebetrieben Österreichs wurden bereits ArbeiterInnen entlassen, zum Beispiel bei Swarovski, Umdasch, FACC, MAN, ATB und Doka. Eine weitere Kündigungswelle ist nach dem Auslaufen der Kurzarbeitsregelung zu erwarten.

Unzureichende Antworten der Bundesregierung

In der aktuellen Corona-Krise drohen also viele Industrie-arbeitsplätze verloren zu gehen. Die Strategie der Bundesregierung, einiger Bundesländer und Gemeinden zeichnet sich dadurch aus, transnationalen Konzernen, die mit Stellenabbau oder Standortverlagerung drohen, hohe staatliche Subventionen bereitzustellen

DIE AUTORIN:

Julia Eder

arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Marie-Jahoda-Otto-Bauer-Institut (www.jbi.or.at). Sie beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit Fragen von Industrie- und Handelspolitik sowie mit der Stärkung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe.



bzw. anzubieten, damit sie doch bleiben oder keine Stellen abbauen (wie zum Beispiel bei der Zuckerfabrik Agrana, der Medizinsparte von Semperit, bei der Penicillin-Produktion von Novartis in Kundl/Tirol und nun bei MAN in Steyr).

Der Pharmariese Novartis erhält beispielsweise 50 Millionen Euro von Land und Bund für den Standortverbleib, für MAN plant Wirtschaftsministerin Schramböck ein ähnliches Vorgehen. Zusätzlich werden hier noch österreichische (Privat-)InvestorInnen gesucht. Bei Semperit könnte aufgrund des neuen Investitionskontrollgesetzes zwar der Verkauf nach Asien verhindert werden; innerhalb der EU lassen sich damit Standortverlagerungen aber nicht blockieren, weil das Gesetz nur für Drittstaaten gilt.

Die Bundesregierung scheint generell keinen längerfristigen Plan zu verfolgen, sondern greift nur ein, wenn es schon fast zu spät ist. Und auch dann wird an den



Um Industriepolitik im Sinne der ArbeitnehmerInnen aktiv zu gestalten, müssen nicht nur die ArbeitnehmerInnen-Vertretungen, sondern auch die Belegschaften selbst eingebunden werden.

Eigentumsverhältnissen nicht gerüttelt. Das ist schade, weil die Österreichische Beteiligungs-Aktiengesellschaft (ÖBAG) gezielt für strategische Beteiligungen der öffentlichen Hand eingesetzt werden könnte. Dann könnte der Staat auch als aktiver Gesellschafter auftreten und im Unternehmen für eine soziale und ökologische Zukunftsplanung eintreten.

Welche Industriepolitik braucht es?

Um die aktuelle Situation aktiv zu gestalten, muss die ArbeitnehmerInnen-Seite eine eigene industriepolitische Strategie erarbeiten, die eng mit Arbeitsmarktpolitik verzahnt ist. Wichtig ist, dass nicht nur die ArbeitnehmerInnen-Vertretungen, sondern auch die Belegschaften selbst eingebunden werden; genauso wie andere AkteurInnen, zum Beispiel Betriebe des Mittelstands oder politische Parteien. Nur eine Industriepolitik, die in einer breiteren Debatte erarbeitet wurde, wird dem aufkommenden Gegenwind standhalten können. Im Sinne der transnationalen Solidarität darf der Fokus dann nicht nur auf der

Wettbewerbsfähigkeit des einen Standorts liegen, sondern es geht um eine Gesamtbetrachtung, die auch soziale und ökologische Kriterien berücksichtigt.

„Wir brauchen eine fortschrittliche Industriepolitik, um die sozial-ökologische Wende zu schaffen.“

Wir brauchen eine fortschrittliche Industriepolitik, um die sozial-ökologische Wende zu schaffen. Das bedeutet, (wo es möglich ist) Produktionsketten zu kürzen, lokale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, und Formen der ArbeitnehmerInnen-Mitbestimmung und -beteiligung in allen Bereichen zu fördern. Das bedeutet aber auch, Technologieentwicklung dort zu unterstützen, wo sie auf ein nachhaltigeres Wirtschaften abzielt oder mühevoll und/oder gefährliche Arbeitsschritte ersetzen kann.

Genauso ist es notwendig, sich wieder aktiv mit unserer Geschichte auseinanderzusetzen.

Was können wir etwa vom Roten Wien in Hinblick auf Industrieentwicklung bei gleichzeitiger Förderung von ArbeiterInnen-Rechten lernen? Was hat an der verstaatlichten Industrie gut funktioniert, was nicht? Die jüngsten Entwicklungen zeigen uns, dass wir uns wieder stärker mit Eigentumsstrukturen beschäftigen müssen. Denn auch das Beispiel MAN zeigt: Es ist nicht egal, wem ein Werk gehört. Industriepolitik sollte deshalb dafür sorgen, dass auch kleine und mittlere Unternehmen, Sozialbetriebe und Genossenschaften mit transnationalen Konzernen mithalten können. Dafür braucht es die richtigen Rahmenregelungen.

In den kommenden Jahren wird es einen grundlegenden Strukturwandel in vielen Bereichen der Wirtschaft geben. Die Frage ist, ob wir diesen Wandel mit Industriepolitik strategisch gestalten oder immer wieder nur auf die nächste Hiobsbotschaft reagieren. Industriepolitik ist aus dieser Perspektive ein Element von Verteilungspolitik, die es uns erlaubt, Wirtschaft und Gesellschaft gerechter zu machen. Diese Chance müssen wir aber nutzen.

SPARKASSE 
Oberösterreich

#glaubandich

www.sparkasse-ooe.at



Industrieregion Steyr – Ende oder Wandel?

Der Industriestandort Steyr steht wieder einmal vor einer einschneidenden Krise – nicht das erste Mal, wie ein Blick in die Geschichte zeigt.

MARKUS VOGL

Der LKW-Hersteller MAN droht seinen Standort in Steyr mit aktuell rund 2.400 Beschäftigten bis Ende 2023 zu schließen. Auch andere große Industriebetriebe in Steyr sind eng mit dem Fahrzeugsektor verbunden. Die Gefahr noch größerer Verluste an Arbeitsplätzen besteht also.

Blickt man in der Geschichte der Stadt zurück, so ist man den Umgang mit industriellen Krisen gewöhnt. Nach Ende des Zweiten Weltkrieges musste sich die Region neu erfinden, um wirtschaftlich weiter bestehen zu können. Daher wurde neben der Waffenproduktion verstärkt auf die Entwicklung und Erzeugung von Nutzfahrzeugen und Traktoren gesetzt. Die Privatisierungswelle der 1980er – und damit die Zerschlagung der Steyr-Daimler-Puch-Werke – stellten die Region vor weitere massive Herausforderungen.

Durch die Ansiedlung des BMW-Motoren-Werkes Anfang der 1980er konnte die Abhängigkeit von einem großen Arbeitgeber beendet werden. Dabei ist Steyr nicht nur Produktionsstandort, sondern auch das Entwicklungs- und

Testzentrum für Motoren – mit über 1.000 MitarbeiterInnen alleine in diesem Bereich. Zusätzlich hat sich in den letzten Jahren auch ein starker IT- und EDV-Sektor in der Stadt entwickelt.

Was waren die Erfolgsfaktoren für die positive Entwicklung?

Der Blick nach heute zeigt: Steyr liegt dank des starken Industriesektors bei den Einkommen im österreichischen Spitzenfeld. Basis für das erfolgreiche Weiterbestehen des Industriestandort-

„Steyr liegt dank des starken Industriesektors bei den Einkommen im österreichischen Spitzenfeld.“

tes Steyr ist seit jeher die hervorragende Ausbildung der FacharbeiterInnen. Mit einer überbetrieblichen Lehrwerkstätte gibt es heute eine zentrale Ausbildung für alle Lehrlinge der großen Steyrer Industriebetriebe BMW, SKF und MAN. Mit einer HTL in Steyr wird auch der notwendige TechnikerInnen-Nachwuchs für die Unternehmen in der Region ausgebildet.

Auf die Krise der 80er Jahre hat die Politik damals mit der Gründung des Vereins FAZAT (Verein Forschungs- und Ausbildungszentrum für Arbeit und Technologie) im Jahr 1989 reagiert. Der nachhaltigste Erfolg des Vereins ist die Ansiedlung der Fachhochschule in Steyr. Unter anderem mit ihrem Produktions- und

DER AUTOR:

Markus Vogl

ist seit 2013 Abgeordneter zum Nationalrat. 25 Jahre lang war er in der Entwicklungsabteilung von MAN tätig; von 2010 bis 2019 war er Vorsitzender des MAN-Angestelltenbetriebsrates. Er ist Vorsitzender der GPA-djp OÖ und des Vereins FAZAT. Im Herbst kandidiert er als Bürgermeister der Stadt Steyr.



Logistikschwerpunkt trägt die Ausbildungsstätte mit zum Erfolg der Industrieregion bei.

Was braucht es jetzt?

Was es jetzt braucht, ist die Schaffung einer Musterregion für nachhaltige Logistik, indem das vorhandene Know-how gebündelt wird und so Lösungen für Zukunftsfragen entwickelt werden. Aufgabe der Politik ist es, die Betriebe dabei zu unterstützen, ihre Produktion sozial verträglich zu diversifizieren bzw. um-

„Aufgabe der Politik ist es, die Betriebe dabei zu unterstützen, ihre Produktion sozial verträglich zu diversifizieren bzw. umzustellen.“

zustellen. Und es braucht Mittel für Forschung und Entwicklung, um Projekte für eine nachhaltige Logistik in der Region zu finanzieren. Denn die Geschichte zeigt: Werden Umbrüche politisch gestaltet, können beide Seiten davon profitieren – die Industrie und die Gesellschaft. Es braucht aktive Industriepolitik.

Basis für das erfolgreiche Weiterbestehen des Industriestandortes Steyr ist seit jeher die hervorragende Ausbildung der FacharbeiterInnen.



Arbeitszeitverkürzung: Ein konkreter Vorschlag

Es ist das Gebot der Stunde, auf den Erfahrungen mit der Kurzarbeit aufzubauen und das Thema Arbeitszeitverkürzung anzugehen. ExpertInnen der Arbeiterkammer haben dafür ein Modell mit staatlicher Förderung entwickelt.

GEORG HUBMANN

Um mehr Jobs zu schaffen und Arbeit gerechter zu verteilen, soll die Arbeitszeit reduziert werden können, und zwar auf bis zu 32 Stunden. Das entspricht der Wunscharbeitszeit von Personen mit Kinderbetreuungspflichten. Die Beschäftigten bekommen trotz der Reduktion der Arbeitszeit zwischen 90 und 100 Prozent des vorherigen Einkommens weiterbezahlt. Die Unternehmen erhalten eine Arbeitszeitverkürzungs-Beihilfe (AZV-Beihilfe) gestaffelt nach dem Einkommen. Für Einkommen bis 1.700 Euro wird der volle Lohn weiterbezahlt, bei Einkommen über 2.400 Euro 90 Prozent. Sozialversicherungsbeiträge werden in voller Höhe weiterbezahlt, um Altersarmut vorzubeugen. So soll auch für Menschen mit geringeren Einkommen eine Arbeitszeitverkürzung leistbar gemacht werden.

Vier Personen reduzieren ihre Arbeitszeit von 40 auf 32 Stunden. Die neue, zuvor arbeitslose, Arbeitskraft übernimmt die frei gewordene Arbeitszeit. Das Unternehmen erhält dafür eine Förderung, die Beschäftigten fast den gleichen Lohn.

Ein Beispiel: Vier Personen in einem Unternehmen reduzieren ihre Arbeitszeit von 40 Stunden auf 32 Stunden. Als Voraussetzung dafür, die AZV-Beihilfe zu erhalten, muss zusätzlich eine zuvor arbeitslose Person eingestellt werden. Die neue Arbeitskraft übernimmt die durch die Stundenreduktion der Anderen gewonnene Arbeitszeit, das Unternehmen erhält eine Förderung für maximal zwei Jahre. Um in diesem Modell 50.000 Arbeitslose in den Arbeitsmarkt zu integrieren, müssten 200.000 Beschäftigte die Arbeitszeit reduzieren.

Wie lässt sich das finanzieren?

Der Staat finanziert die Lohnsubventionen. Dafür spart man sich Ausgaben für Arbeitslosengeld und Versicherungsbeiträge. Gleichzeitig steigen die staatlichen Einnahmen, weil mehr Menschen Steuern und Abgaben leisten.

Für ein Modell, in dem 120.000 Beschäftigte mit einem Bruttoeinkommen von 1.700 Euro, 50.000 Beschäftigte mit einem Bruttoeinkommen von 2.400 Euro und 30.000 Beschäftigte mit einem Bruttoeinkommen von 5.370 Euro ihre Arbeitszeit um 20 Prozent reduzieren und mit der AZV-Beihilfe gefördert werden, belaufen sich die Nettokosten auf rund 285 Millionen Euro pro Jahr. Das macht rund 2.400

Euro pro Person, die wieder Arbeit hat – eine vergleichsweise geringe Investition zur Beseitigung von Arbeitslosigkeit. Die Nettokosten des Staates pro Arbeitslosem werden geringer, je mehr Beschäftigte mit geringem Einkommen gefördert werden.

ARBEIT&WIRTSCHAFT BLOG

Der Blog Arbeit&Wirtschaft (www.awblog.at) leuchtet Hintergründe aus und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Dabei bezieht er klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen. Dieser Beitrag ist die Zusammenfassung von Figerl, Tamesberger, Theurl: „Arbeitszeitverkürzung ist sinnvoll und finanzierbar“.

Fördern wir gesellschaftlichen Fortschritt

Dieser Vorschlag ist nur ein Baustein, um wieder für Vollbeschäftigung in Österreich zu sorgen. Dazu braucht es nämlich noch mehr, wie zum Beispiel eine beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, eine Jobgarantie für Langzeitarbeitslose und eine aktive Arbeitsmarktpolitik.

Eine Arbeitszeitverkürzung bringt aber viele positive gesamtgesellschaftliche Effekte: So sinken CO₂-Emissionen

„Eine Arbeitszeitverkürzung bringt viele positive gesamtgesellschaftliche Effekte.“

nen durch berufsbedingtes Pendeln, stressbedingte Erkrankungen werden weniger, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie wird leichter und es gibt mehr Zeit für zivilgesellschaftliches und politisches Engagement. Kurzum: Das vorgestellte Modell der Arbeitszeitverkürzung würde es ermöglichen, gesellschaftlichen Fortschritt staatlich zu fördern.



Wir fordern einen Industriegipfel!

Birgit Gerstorfer, SPÖ Oberösterreich Vorsitzende und Soziallandesrätin, im Interview mit dem Bildungskurier über die Zukunft der Industrie und gerechte Wege aus der Krise.

Bildungskurier: Du warst vor Kurzem zusammen mit 4.000 Menschen bei der Demonstration gegen die Schließung des MAN-Werks in Steyr. Was waren deine Eindrücke? Und was muss die Politik jetzt leisten, um den Menschen in Steyr zu helfen?

Gerstorfer: Trotz des traurigen Anlasses war in Steyr eine tolle, kämpferische Stimmung. Diese Energie möchte ich mitnehmen und damit um jeden Arbeitsplatz

„Die Politik muss jetzt an einem Strang ziehen, um den Menschen in Steyr eine Perspektive zu bieten. Wir fordern einen Industriegipfel.“

in der Region kämpfen. Die Politik muss jetzt an einem Strang ziehen, um den Menschen in Steyr eine Perspektive zu bieten. Wir fordern daher einen Industriegipfel. Von der ÖVP ist bisher, außer Bekenntnissen, noch nicht viel gekommen. Dabei ist für uns ganz klar: Die öffentliche Hand darf hier nicht weiter zusehen oder auf private UnternehmerInnen hoffen. Eine aktive, eingreifende Politik ist das einzige Mittel, wie wir die Arbeitsplätze in der Stadt halten können. Ein Kahlschlag bei MAN wäre fatal für das soziale Gefüge in der Industrieregion Steyr und muss mit allen gebotenen Mitteln verhindert werden.

Bildungskurier: Gerade in Oberösterreich hängen viele Jobs an der Industrie, die in der Krise unter Druck gekommen sind. Wie sieht eine Industriepolitik der Zukunft aus?

Gerstorfer: Die Zukunft ist regional. Es darf zu keiner weiteren Verlagerung der Produktion in Drittstaaten oder EU-Länder mit niedrigen Lohnkosten kommen. Eine Verkürzung der Lieferketten und die Re-Regionalisierung der Industrie sind nicht nur im Sinne der arbeitenden Bevölkerung in Oberösterreich, sondern auch einer ökologischen Wirtschaftspolitik. Emissionsintensiver Transit könnte damit reduziert werden. Außerdem müssen sich Land und Bund wieder vermehrt in die Erhaltung der wirtschaftlichen Strukturen in Oberösterreich einbringen, besonders in Krisenzeiten. Es kann nicht sein, dass die Menschen in Steyr, Ried und Linz mit einem Handstreich ihre Arbeit verlieren. Das Bedürfnis der Menschen nach einem Leben in sozialer Sicherheit kann der freie Markt nicht bereitstellen.

„Das Bedürfnis der Menschen nach einem Leben in sozialer Sicherheit kann der freie Markt nicht bereitstellen.“

Bildungskurier: Die Arbeitslosigkeit in ganz Österreich steigt und steigt. Welche Maßnahmen können ergriffen werden, um Arbeitslosigkeit zu bekämpfen?

Gerstorfer: Wir müssen die Arbeitszeit verkürzen. Oberösterreich hat dabei schon eine Vorreiterrolle. In Bad Leonfelden bei der Online-Marketing Firma eMagnetix arbeiten die Menschen nur 30 Stunden bei vollem Lohnausgleich. Auch in der voest Alpine gab es vor ein paar Jahren eine Arbeitszeitverkürzung auf 34 Stunden. Das schafft nicht nur ein besseres Arbeitsklima durch mehr Freizeit für Beschäftigte, sondern auch zusätzliche Ar-



IM INTERVIEW

Birgit Gerstorfer

ist Vorsitzende der SPÖ Oberösterreich und Sozial-Landesrätin.

beitsplätze, die wir in der jetzigen Krise dringend brauchen. ArbeitsmarktexpertInnen haben schon Ideen zur staatlichen Überbrückungsförderung zur Umsetzung der Arbeitszeitverkürzung vorgelegt. Es

„Wir müssen die Arbeitszeit verkürzen.“

braucht nur noch den politischen Willen. Dazu ist klar: Um den Menschen unmittelbar zu helfen, muss unbedingt die Nettoersatzrate des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent erhöht werden.

Bildungskurier: Nach der Krise 2008 blieb in Österreich eine Sockelarbeitslosigkeit, die sich nun durch den Lockdown

auf höherem Niveau zu verhärten droht. Wie kann man Menschen aus der Langzeitarbeitslosigkeit holen?

Gerstorfer: Leider hat die ÖVP/FPÖ-Regierung die Aktion 20.000 2018 eingestellt, die vielen älteren Langzeitarbeitslosen einen Job geschaffen hat. Etwas Ähnliches könnte uns gerade jetzt helfen, wo die Arbeitslosigkeit immer weiter ansteigt und besonders die Älteren wieder unter Druck geraten. Deshalb haben ich und der SPÖ-Landtagsklub vorgeschlagen, dass das Land eine Joboffensive 50plus starten soll, ähnlich wie es die Wiener Stadtregierung getan hat. Bei unserem Modell übernimmt das Land gemeinsam mit dem AMS für das erste Jahr 100 Prozent der Lohn- und Gehaltskosten für die Beschäftigten. Die positiven psychosozialen Effekte von Arbeit und Wertschätzung sind bekannt. Man soll sich als ältere Arbeitslose nicht ungebraucht fühlen, seine Kompetenzen einbringen und selbst für das eigene Auskommen sorgen können.

Bildungskurier: Frauen sind oft die Hauptleidtragenden in der Corona-Krise. Viele verloren ihre Jobs oder waren im Home Office durch Hort- und Kindertageschließungen doppelt und dreifach

belastet. Was braucht es, um Gleichstellung in Beruf und Familie endlich möglich zu machen?

Gerstorfer: Eine aktuelle Zeitverwendungsstudie zeigt, dass Frauen immer noch den Großteil der Sorgearbeit erledigen, auch während der Zeit des Home Office. Frauen mussten Köchinnen, Lehrerinnen und Arbeiterinnen gleichzeitig sein. Da ist ganz klar, dass das nicht funktionieren kann. Es braucht erstens eine faire Verteilung der Sorgearbeit im Haushalt. Dafür kann man gar nicht genug trommeln. Wichtig ist aber zweitens auch, dass eine soziale Infrastruktur hergestellt wird, die Frauen dabei unterstützt, gutes Auskommen für sich und die Kinder gewährleisten zu können. Dazu gehört zum Beispiel der gesetzliche Anspruch auf Kinderbetreuung mit familienfreundlichen Öffnungszeiten. Das schafft außerdem zusätzliche Arbeitsplätze.

Bildungskurier: Auch die Jugendlichen wurden hart von der Krise erwischt. Stichwort: Lehrstellenlücke, steigende Jugendarbeitslosigkeit. Wie verhindern wir eine verlorene Generation?

Gerstorfer: Junge Leute waren besonders oft die ersten in den Betrieben, die gehen

mussten. Hier braucht es nicht weniger als ein Recht auf Arbeit und Ausbildung bis 25. Ein jeder junge Mensch soll ein Recht auf Arbeit oder Ausbildung haben. Da muss das Land einspringen, um einerseits weggebrochene Stellen sinnvoll zu kompensieren und andererseits die Nachfrage nach Arbeitskräften in wichtigen gesellschaftlichen Bereichen zu bedienen. Corona hat zum Beispiel die gesellschaftliche Bedeutung der Pflegeberufe klar gemacht. Diese gilt es aufzuwerten und attraktiv für junge Menschen zu gestalten.

Bildungskurier: Wie kommt Oberösterreich gestärkt aus der Krise?

Gerstorfer: Durch kluge öffentliche Investitionen statt einfallslosem Sparen. Alle Programme, die wir fordern, sind finanzierbar, halten Arbeitsplätze im Land und sichern ein gutes Leben für alle. Nur so kommen wir aus der Krise.

Alle Programme, die wir fordern, sind finanzierbar, halten Arbeitsplätze im Land und sichern ein gutes Leben für alle. Nur so kommen wir aus der Krise.



Die Zukunft der Arbeit jenseits von Erwerbsarbeit

Mehrere aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen weisen darauf hin, dass die Zukunft der Arbeit jenseits der Erwerbsarbeit liegen wird. Aber wie kann und muss man diesem Wandel als Gesellschaft begegnen?

CARINA ALTREITER

Erwerbsarbeit erfüllt zentrale Funktionen in einer Gesellschaft. Zunächst ist sie in einer marktförmig organisierten Gesellschaft, wie es der gegenwärtige Kapitalismus darstellt, ein notwendiges Mittel der Existenzsicherung und auch wichtige Grundlage des sozialstaatlichen Sicherungssystems. Gleichzeitig werden durch Erwerbsarbeit aber auch zentrale menschliche Grundbedürfnisse befriedigt. Menschen gehen Erwerbsarbeit nicht nur nach, weil sie dafür entlohnt werden. Sie bedeutet nicht nur Ausbeutung und Zwang. Die Arbeit ist ein Ort, wo man Anerkennung und Bestätigung der eigenen Fähigkeiten erfährt – eine bedeutsame Quelle für Selbstvertrauen und die eigene Identität. Für die Gesellschaft leistet Arbeit einen wichtigen Beitrag zur sozialen Integration. Der soziale Austausch am Arbeitsplatz fördert den sozialen Zusammenhalt ebenso wie die Einsicht, dass man in einem übergeordneten Kontext von der Arbeit anderer abhängig und auf sie angewiesen ist.

Dieser hohe Stellenwert von Erwerbsarbeit bedeutet allerdings auch, dass eine Bedrohung dieser verschiede-

schiedene Befunde die darauf hindeuten, dass die Grundlagen dieses auf Erwerbsarbeit zentrierten Arbeitsmodells, wie wir es heute haben, nicht nachhaltig sind und wenig geeignet scheinen, den Herausforderungen der Zukunft auf langfristige Sicht zu begegnen. Drei Aspekte sollen hier kurz angeführt werden.

Erwerbsarbeit vor dem Umbruch

Erstens löst sich für immer mehr Bevölkerungsgruppen das Versprechen der sozialen Integration und Teilhabe an der Gesellschaft durch Erwerbsarbeit nicht mehr oder nur mehr begrenzt ein. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 ist die Zahl der von Arbeitslosigkeit Betroffenen konstant auf hohem Niveau. Die COVID-19 Pandemie hat dieses Problem noch einmal drastisch verschärft. Kurzzeitig waren knapp eine Million Beschäftigte in Kurzarbeit oder arbeitslos. Neben den wiederkehrenden Krisen werden auch technologische Veränderungen zu einem Verlust an Arbeitsplätzen führen. Es ist anzunehmen, dass es zu einer verstärkten Polarisierung zwischen jenen kommt, die in stabilen Beschäftigungsverhältnissen mit abgesicherten Einkommen und Status leben, und jenen, die in prekären Verhältnissen um den Anschluss ringen oder ihn überhaupt verlieren. Der Sozialstaat in seiner aktuellen Ausgestaltung ist nur begrenzt auf diese Veränderung vorbereitet und kann die negativen Folgen auf Gesundheit, Gleichheit, sozialen Zusammenhalt, usw. nur bedingt abfedern.

Zweitens ist nicht erst seit den *Fridays-for-Future*-Protesten klar, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem zu einer ökologischen Krise geführt hat, die

DIE AUTORIN:

Carina Altreiter

ist *post doc researcher* im Zukunftskolleg *Spatial Competition and Economic Policies* an der Wirtschaftsuniversität Wien. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen Arbeitssoziologie, soziale Ungleichheit, sozialen Wandel, Solidarität sowie Ökonomisierung von Lebenswelten.



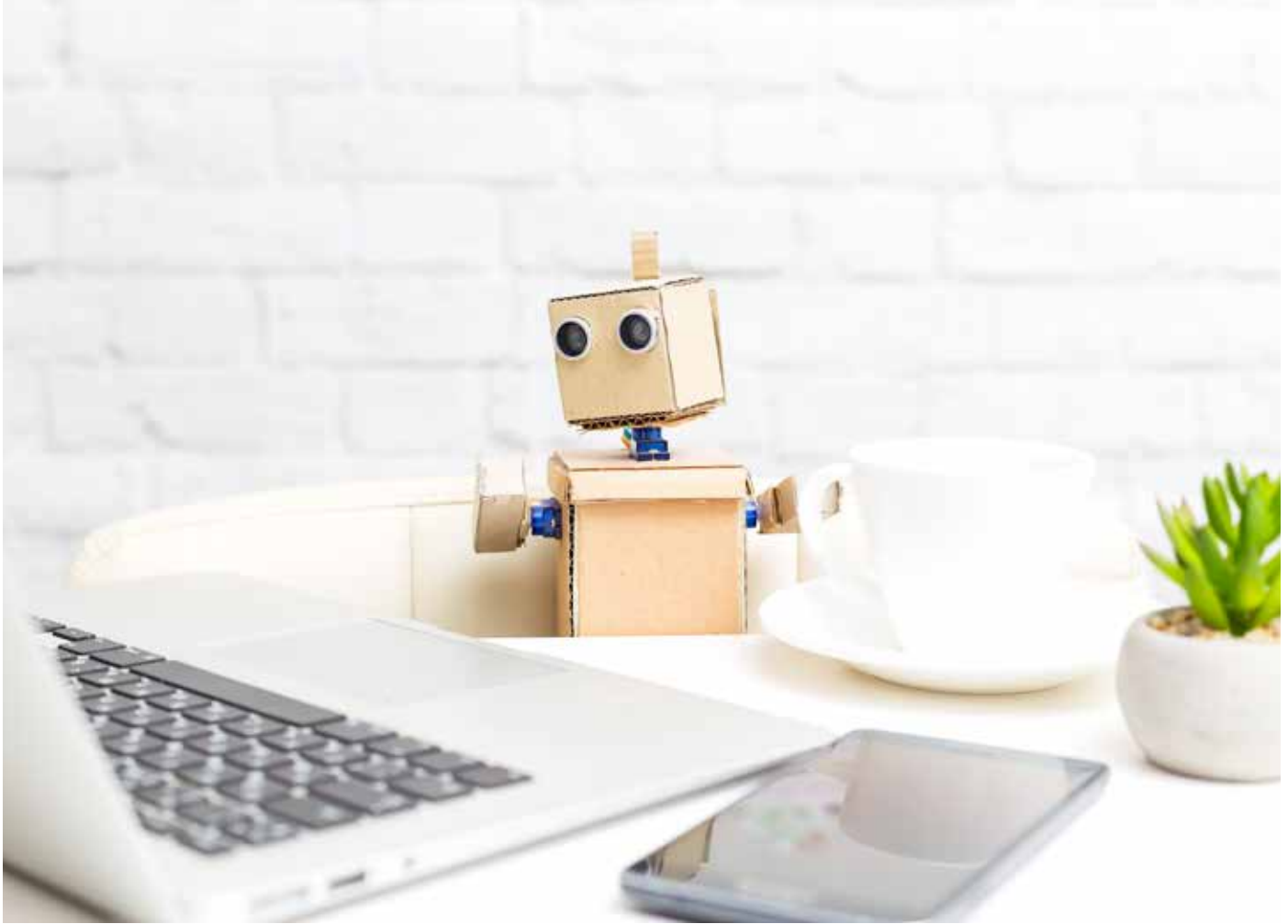
eine existentielle Bedrohung darstellt. Eine Hauptursache dafür liegt in der Organisation von Produktion und Konsumation in den wesentlichen Industrieländern, die nicht nur Ressourcen und Arbeitskräfte vor Ort, sondern auch in anderen Ländern ausbeutet. Trotz einer verstärkten Sensibilisierung für Umweltschutz und Ressourcenverbrauch

„Die Grundlagen des auf Erwerbsarbeit zentrierten Arbeitsmodells, wie wir es heute haben, sind nicht nachhaltig.“

„Die Klimakrise und die Endlichkeit von Ressourcen setzen unseren gegenwärtigen Arbeits- und Lebensarrangements Grenzen.“

nen Funktionen gravierende Auswirkungen für die Gesellschaft hat. Aus wissenschaftlicher Perspektive gibt es ver-

steht die Wirtschaftspolitik der meisten Länder nach wie vor unter dem Vorzeichen von Wachstum und Produktivitätssteigerung. Die Klimakrise und die Endlichkeit von Ressourcen setzen unseren gegenwärtigen Arbeits- und Lebensarrangements Grenzen.



Neben den wiederkehrenden Krisen werden auch technologische Veränderungen zu einem Verlust an Arbeitsplätzen führen.

Drittens leiden zunehmend mehr Menschen an den Folgen neuer Formen der Arbeitsorganisation, die von den Beschäftigten ein hohes Maß an Flexibilität und Selbstökonomisierung verlangen. Ausuferende Arbeitszeiten, ständige Verfügbarkeit, Verdichtung des Arbeitsalltages und erhöhter Ar-

„Zunehmend mehr Menschen leiden an den Folgen neuer Formen der Arbeitsorganisation, die von den Beschäftigten ein hohes Maß an Flexibilität und Selbstökonomisierung verlangen.“

beitsdruck führen zu erheblichen physischen und psychischen Belastungen. Eine Zunahme an Erschöpfung und

Verunsicherung beeinträchtigt nicht nur die Handlungsfähigkeit in der Gegenwart, sondern bedroht langfristig die Reproduktionsfähigkeit einer Gesellschaft.

Wie soll die Zukunft der Arbeit aussehen?

Diesen Herausforderungen soll man mit geeigneten Maßnahmen begegnen, wie sie im Rahmen der aktuellen Gesellschaftsordnung möglich sind, zum Beispiel eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit mit angemessenem Ausgleich des Lohnentfalls. Neben der mittelfristigen, ist aber auch eine längerfristige Perspektive notwendig, die in ihrer Ausgestaltung grundlegender auszufallen hat, um den vorhin skizzierten Anforderungen zu begegnen. Das verlangt zunächst nach einer Ablösung von einem sehr engen Verständnis von Arbeit, das in der Regel nur marktvermittelte Erwerbsarbeit meint. Vielmehr müsste es darum gehen, als Gesellschaft neu zu denken, was für die Aufrechterhaltung der Gesellschaft und das Wohlergehen aller notwendige Arbeiten sind und wie diese Tätigkeiten organisiert, verteilt und ausgestaltet sein sollen. Folgende Fragen sind im Zuge dessen zu beant-

worten: Wie kann die materielle und soziale Absicherung der Bevölkerung gewährleistet werden? Wie können diese Arbeiten sozial und ökologisch nachhaltig gestaltet werden? Wie können dadurch Ungleichheiten – zum Beispiel aufgrund von Geschlecht, sozialer oder ethnischer Herkunft – in der Verteilung, Bewertung und Anerkennung von Arbeit überwunden werden? Trotz

„Als Gesellschaft müssen wir neu denken, was für die Aufrechterhaltung der Gesellschaft und das Wohlergehen aller notwendige Arbeiten sind und wie diese Tätigkeiten organisiert, verteilt und ausgestaltet sein sollen.“

der Dringlichkeit der tagesaktuellen Herausforderungen erscheint es notwendig, dieser langfristigen Perspektive in den politischen Auseinandersetzungen um eine Zukunft der (Erwerbs-) Arbeit gleichermaßen Bedeutung einzuräumen.

Corona verändert alles, also lasst uns alles verändern!

Die Corona Pandemie verändert so ziemlich alles. Darin liegt aber auch eine Chance – die Chance, zu zeigen, dass eine andere Welt möglich ist, in der niemand zurückgelassen wird.

GEORG BROCKMEYER

Die Bekämpfung der Corona Pandemie – manches Mal auch in absurder Form – greift tief in unser aller Leben ein. Egal ob wir Eltern oder Großeltern im Altenheim haben, Kinder im Kindergarten oder der Schule, ob wir im Homeoffice arbeiten oder gerade den Job verloren haben.

„Corona ist nicht nur eine Gesundheitskrise, sie ist zu einer Sozial- und Wirtschaftskrise geworden.“

Corona ist nicht nur eine Gesundheitskrise, sie ist zu einer Sozial- und Wirtschaftskrise geworden. Viel zu viele Menschen sind arbeitslos, in Kurzarbeit oder Schulungsmaßnahmen: knapp eine Million in Österreich. Die Hilfsmaßnahmen von Bundes- und Landesregierung sind jedoch schlecht und unzureichend. Sie greifen nicht, kommen bei Unternehmen und Menschen nicht an.

Die erste Phase der Pandemie-Bekämpfung hat uns gezeigt, was wirklich wichtig ist: Ein gut ausgebautes Gesundheitssystem, ein starker So-

zialstaat und eine handlungsfähige Verwaltung. Deutlich wurde, wo das nicht funktioniert, beispielsweise im Bildungssystem, in der Verwaltung. Und sichtbar wurde, dass die, die unser Werk am Laufen halten, viel zu schlecht bezahlt und geschätzt werden.

Damit bietet diese Krise aber auch eine große Chance, so abgedroschen dieser Satz auch klingen mag. Denn genau über diese Themen sprechen nun die Menschen. Es geht nicht mehr um die Frage von Identität und Kultur, sondern darum, ob ich morgen noch einen Job habe und meine Tochter eine Lehrstelle bekommt.

Und genau da sind wir, ist die Sozialdemokratie gefragt. Wir haben nun die Chance, klar zu machen, dass ein anderes Oberösterreich möglich ist; deutlich zu machen, dass es eine kümmernde Republik braucht. Wir brauchen eine Republik, die um Industrie und gute Jobs kämpft; die Betreuung und Bildung für alle Kinder garantiert; die die Pflege unserer Älteren nicht auf die Schwiegertöchter abwälzt und ein Altern in Würde möglich macht; die sich um die Gesundheit aller ihrer Mitglieder kümmert. Kurz: eine Republik, die alle mitnimmt und nicht nur für das Wohlergehen superreicher Kurz-Freundinnen und -Freunde sorgt. Und

DER AUTOR:

Georg Brockmeyer ist Landesgeschäftsführer der SPÖ Oberösterreich.



warum? Weil wir das Leben der Menschen besser machen wollen.

„Also lasst es uns angehen und diese Zeit zu einer neuen Zeit der Sozialdemokratie machen.“

Also lasst es uns angehen und diese Zeit zu einer neuen Zeit der Sozialdemokratie machen. Es liegt an uns, wenn wir nur wollen.

Wir brauchen eine Republik, die alle mitnimmt. Wir wollen ein besseres Leben für alle Menschen.





Am 8. März, dem Weltfrauen*tag, demonstrierten wir gemeinsam mit den roten Jugendorganisationen für mehr Gleichberechtigung und die Zerschlagung der Gewaltpyramide.

**Der Gender-Star (*) wird verwendet, um darauf aufmerksam zu machen, dass es in unserer Gesellschaft mehr als nur zwei Geschlechter gibt.*

Renner Institut OÖ

Erfolgreicher Start der Nachwuchsakademie

In Wesenufer an der Donau fand vor wenigen Wochen das zweite Modul der Nachwuchsakademie des Renner Institutes statt. Die Nachwuchsakademie, die in dieser Form das erste Mal organisiert wird, gibt jungen Menschen in der Sozialdemokratie die Chance sich in unterschiedlichsten Bereichen fortzubilden. Neben Klassikern wie Rhetorik und Präsentation stehen bei den insgesamt fünf Wochenendmodulen auch Online-Kampagnen oder inhaltliches Wissen zu Staat und Gesellschaft am Programm. Ein besonderes Augenmerk wird bei allen Modulen auf die praktische Anwendung des Erlernten gelegt. So wird bei jedem Modul eine Diskussionsveranstaltung von den Teilnehmer*innen mit Persönlichkeiten aus Politik & Wirtschaft

Sozialistische Jugend OÖ

Stoppt Gewalt an Frauen*!

In den letzten Monaten wurde viel über die steigende Rate an Frauenmorden berichtet, diese sind jedoch nur die Spitze des Problems. Femizide bauen auf eine Pyramide aus strukturellem Sexismus und Diskriminierung auf. Zwar mögen Frauenwitze im ersten Moment harmlos erscheinen, jedoch zeigen sie ein Bild unserer Gesellschaft: Sexismus ist allgegenwärtig. Gewalt trifft Frauen* in allen Bereichen des Lebens. Der Gehaltsunterschied zwischen Männer* und Frauen*, der geringe Anteil an Frauen* in Machtpositionen und der hohe Anteil an unbezahlter Arbeit den Frauen* leisten sind nur einige Beispiele. Wir wollen deshalb jegliche Diskriminierung bekämpfen.

Deswegen setzen wir uns in den Ortsgruppen intensiv mit der Thematik auseinander und machen auch öffentlich darauf aufmerksam. In den nächsten Wochen gibt es ein breites online Bildungsangebot dazu. Wenn du Interesse daran hast melde dich einfach bei uns (05 / 77 26 11 702).



Die Teilnehmer*innen der Nachwuchsakademie mit Kommunikationstrainer Martin Angerbauer.

organisiert. Zu Gast sind unter anderem Nationalratsabgeordnete Julia Herr oder Landesparteivorsitzende Birgit Gerstorfer. „Die Nachwuchsakademie soll vor allem eins: junge, kritische Menschen in der Partei stärken“, so Thomas Pilgerstorfer, Betreuer der Nachwuchsakademie.

Junge Generation OÖ

Hearing für die Landtagswahl 2021

Im September wagten wir durch eine transparente Wahl der Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2021 einen Schritt in Richtung verstärkte Demokratisierung unserer Organisation.

Es war der erste Versuch, dass wir unter allen Mitgliedern breit ausgeschrieben haben, wer Interesse hat. Sieben Aktivist*innen quer aus ganz Oberösterreich haben sich gemeldet und sich einer Präsentation sowie den kritischen Fragen des Publikums gestellt. Dabei war das Publikum sowohl physisch als auch online anwesend. Abschließend wurde das Ergebnis durch eine Online-Wahl ermittelt. Stimmberechtigt waren alle Mitglieder der SPÖ Oberösterreich unter 38 – aus diesen setzt sich die Junge Generation als Parteireferat zusammen.



Bild: Klaus Schöngrubner

Wir können mit Stolz behaupten mittels eines fairen Wegs unseren Spitzenkandidaten bestimmt zu haben: Der Kandidat für die anstehende Wahl heißt Thomas Antlinger. „Unser Hearing bezeichnet einen weiteren Schritt in Richtung mehr Mitbestimmung sowie verstärktes Mitwirken. Wir bleiben auf jeden Fall dran unsere Organisation noch mehr zu demokratisieren!“, bekräftigt unsere Landesvorsitzende Eva-Maria Holzleitner.

SPÖ Landesbildungskonferenz: „Wer braucht die Sozialdemokratie (noch)?“

Die SPÖ Landesbildungskonferenz widmete sich der Zukunft der Sozialdemokratie. Die Konferenz fand erstmals im Hybrid-Modus statt, also präsent und online.

Bei der Landesbildungskonferenz der SPÖ Oberösterreich, die am Freitag, 16. Oktober 2020, im Linzer Central abgehalten wurde, konnte man auf die umfangreiche Arbeit der vergangenen zwei Jahre zurückblicken. Bei der Wahl des Landesbildungsvorstandes wurde Bernd Dobesberger mit 93,91 Prozent der Stimmen erneut zum Landesbildungsvorsitzenden gewählt.

Im Rahmen der Konferenz fand auch eine hochkarätig besetzte Diskussion zum Thema „Wer braucht die Sozialdemokratie (noch)?“ statt. An der Diskussion, die von Manuela Hiesmair moderiert wurde, nahmen neben der Lan-

desparteivorsitzenden der SPÖ Oberösterreich, Birgit Gerstorfer, Robert Misik, Journalist und politischer Schriftsteller, Maria Maltschnig, Direktorin des Renner Instituts und Bernd Dobesberger teil.

Gleich zu Beginn seines Referates stellte Robert Misik fest: „Es ist überhaupt keine Frage, dass es die Sozialdemokratie braucht. Es ist auch keine Frage, dass es Menschen gibt, die die Sozialdemokratie brauchen.“ Der Journalist wies auch darauf hin, dass die aktuelle Krise vieles offenlegt, was bisher nicht deutlich sichtbar war; etwa, wie viele Menschen in prekären Verhältnissen arbeiten und dass Beschäftigte, die elementare Tätigkeiten für das

Gemeinwesen leisten, sehr schlecht bezahlt sind, wie beispielsweise Mitarbeite-

„Es ist überhaupt keine Frage, dass es die Sozialdemokratie braucht. Es ist auch keine Frage, dass es Menschen gibt, die die Sozialdemokratie brauchen.“

(ROBERT MISIK)

rInnen in Supermärkten, Pflegekräfte oder LKW-FahrerInnen. „Wer es schon schwer



hat, dem wird es noch schwerer gemacht“, analysierte er die aktuellen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, um abschließend festzustellen: „All die brauchen die Sozialdemokratie – für den Respekt, um den sie kämpfen müssen; den Respekt für ihr Leben und für ihre Werte. Die Sozialdemokratie ist Teil dieser arbeitenden Klassen.“

„ArbeiterInnen können sich darauf verlassen, dass sie und ihre Rechte ein großes Anliegen der Sozialdemokratie sind.“

(BIRGIT GERSTORFER)

Birgit Gerstorfer machte klar, dass die Verwerfungen der aktuellen Krise auch deutlich zeigen, wer und warum es eine starke Sozialdemokratie braucht. Was vor wenigen Monaten noch ein sicherer Arbeitsplatz war, kann heute schon ein gefährdeter oder abgebauter sein. „ArbeiterInnen können sich darauf verlassen, dass sie und ihre Rechte ein großes Anlie-

gen der Sozialdemokratie sind“.

„Wir haben eine große Ungleichheit, die vieles kaputt macht, von der Demokratie bis hin zum Zusammenleben. Hier

„Es muss uns gelingen, die Frage der Umweltzerstörung und des Klimawandels zu lösen. Ansonsten werden sich auch Fragen der Gleichheit künftig nicht mehr stellen.“

(BERND DOBESBERGER)

müssen wir künftig die Vorteile und Notwendigkeit der Gleichheit betonen, eine Zukunft der Gleichen entgegenstellen“, so der wiedergewählte Bildungsvorsitzende Bernd Dobesberger. „Es muss uns gelingen, die Frage der Umweltzerstörung und des Klimawandels zu lösen. Ansonsten werden sich auch Fragen der Gleichheit künftig nicht mehr stellen.“

Auf die programmatische Breite und Tiefe der Sozialdemokratie wies Maria Malt Schnig hin. „Würden wir morgen in Koali-

tionsverhandlungen eintreten, wir hätten für jedes Ressort einen genauen Plan und ausgearbeitete Konzepte. Die Frage, die uns aber beschäftigt, ist eine große Erzählung, die mehr beinhaltet als eine Summe an realpolitischen Vorhaben.“ Für Malt Schnig ist klar, dass die Sozialdemokratie ein standhaftes und klares Menschenbild hat, das sich deutlich von jenem der Rechtspopulistinnen und Neoliberalen unterscheidet.

„Die Frage, die uns beschäftigt, ist eine große Erzählung, die mehr beinhaltet als eine Summe an realpolitischen Vorhaben.“

(MARIA MALTSCHNIG)

Die Diskussion machte deutlich, dass eine starke Sozialdemokratie gerade heute von großer Bedeutung ist.

Die gesamte Konferenz ist unter <https://vimeo.com/468925561> nachzusehen. Die Diskussion inklusive Kurzreferat von Robert Misik beginnt bei 1:50:00.



Broschüre: Lebenslagen im Faktencheck

Wie ist das Leben in Oberösterreich und in Österreich allgemein? Wie stehen wir als Gesellschaft da? Was sind die großen Probleme unseres Zusammenlebens? Die neue Broschüre "Faktencheck: So ist das Leben" des Marie Jahoda – Otto Bauer Instituts gibt Antworten auf diese Fragen mit Zahlen, Daten und Fakten.

Die Corona-Pandemie hat viele bestehende Probleme noch einmal verstärkt. Tausende Menschen haben ihre Arbeit verloren. Viele wissen nicht mehr wie sie Arbeit und Familie unter einen Hut bringen sollen, egal ob Kinderbetreuung oder Altenpflege. Die Mieten steigen, während die Löhne stagnieren. Im Industrieland Oberösterreich wird Produktion immer mehr ausgegliedert und ins Ausland verlegt, Arbeitsplätze werden eingespart. Unsere Broschüre wirft nicht nur ein Schlaglicht auf die wichtigsten Fragen unseres Landes, sie beantwortet sie auch. Und das kompakt und verständlich für Alle.

Willst Du dir einen Überblick über die Lebenslagen in Oberösterreich verschaffen? Dann schreib einfach eine Mail an office@jbi.or.at. Wir senden Dir unsere neue Broschüre gerne zu. Sie steht zusätzlich auf www.jbi.or.at zum Download bereit.



WIR MACHEN IHR EVENT MÖGLICH

Sie sind auf der Suche nach einem Wohlfühlraum, in dem Ihr Seminar, Ihre Besprechung, Sitzung oder Präsentation **unter Berücksichtigung der Corona-Maßnahmen** stattfinden kann? Wir im Central Linz bieten Ihnen ideale Bedingungen für Ihr Event.



www.centrallinz.at

PROGRAMMAUSSCHNITT

DO 28.01.21 | 20:00 Uhr
Kabarett | Ticketpreis ab 23€
HELMUT A. BINSER
Löwenzahn

MI 17.03.21 | 18:00 Uhr | 20:30 Uhr
Kabarett, Talk | Ticketpreis ab 22€
SAG DU, FLORIAN
Florian Scheuba & Klenk



Eben noch direkt auf der Landstraße und keine zehn Schritte weiter in einer echten Großstadtoase. Nutzen Sie unsere 300 m² als Spielwiese für Ihre Ideen.

Folgen Sie uns auf Facebook & Instagram // @centrallinz



Alle Infos zu den Veranstaltungen & zur Vermietung unter www.centrallinz.at

Landstraße 36 | 4020 Linz | office@centrallinz.at | +43 5 7726 1199